

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 25.08.2020

Tagungsort: Historischer Saal der Volkshochschule

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino

Herr Jung

Herr Weber

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

Herr Kaufmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Frau Mann

Bielefelder Mitte

Frau Dr. Seidenberg

Die Linke

Frau Bußmann

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Frau Huber

Herr Klein

Lokaldemokratie in Bielefeld

Herr Gugat

Verwaltung

Herr Nürnberger

Frau Krutwage

Frau Strate-Schneider

Frau Aron

Herr Linnenbürger

Frau Riemann

Frau Grewe

Frau Gäbel

Herr Voelzke

Beigeordneter Dezernat 5

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention

Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Stab Dezernat 3

Kommunales Integrationszentrum

Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention

Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention

Schriftführung

Frau Mülöt

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Zu Punkt 1 **Genehmigung von Niederschriften**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 1.1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.05.2020**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 **Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 27.07.2020**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Zu Punkt 2.1 **Verteilung des einmaligen Notfallzuschusses für die Lebensmittelausgaben in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.2 **Verfassungsbeschwerde gegen die unmittelbare Aufgabenübertragung durch den Bund für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für SGB XII Berechtigte und gleichgestellte Bezieher von Asylbewerberleistungen §§ 34 und 34a SGB XII**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.3 **Mitteilung des Amtes für Schule zum Sofortausstattungsprogramm nach Zusatz zum DigitalPakt: Ausstattung von bedürftigen Schülerinnen und Schülern für Homeschooling im Rahmen der Corona-Maßnahmen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.4 **Mitteilung der Stadtwerke Bielefeld zur Einführung des SilberAbos und SilberAbos+**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 2.5 Kosten der Unterkunft

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

**Zu Punkt 2.6 Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßiges Personal für
sog. Containment-Scouts zur Kontaktpersonennachverfolgung
im Zusammenhang mit Sars-CoV-2-Infektionen durch das Ge-
sundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3 Anfragen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Zu Punkt 3.1 Hebammenausbildung (Anfrage der Ratsfraktion Bielefelder Mitte vom 19.05.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10978/2014-2020

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3.2 Umfang der psychosozialen und sozialpsychiatrischen Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund (Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.08.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11478/2014-2020

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3.3 Regelmäßige Tests von Mitarbeitenden in Einrichtungen (Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.08.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11542/2014-2020

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4 Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 5 **Corona-Pandemie in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Zu Punkt 5.1 **Handlungskonzept der Verwaltung aufgrund des Antrags der Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Lokaldemokratie Bielefeld und des Antrags der CDU (Sitzung SGA 27.07.2020)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Kenntnisnahme

Zu Punkt 5.2 **Stellenplan für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld - Ausweitung des beschlossenen Stellenplans 2021**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 11443/2014-2020

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie der Finanz- und Personalausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, den Umlaufbeschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld von Anfang August 2020 (siehe Begründung) zu genehmigen. Der beschlossene Stellenplan für das Jahr 2021 wird aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie auf 483,8 Stellen angepasst.
2. Die Besetzung der beschlossenen zusätzlichen Stellen erfolgt abhängig von der tatsächlichen Fallzahlentwicklung und ist vorab im Steuerkreis des Jobcenters abzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Projekt BiSi - Beschäftigung im Sozialraum inklusiv

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11166/2014-2020

Der Psychiatriebeirat, der Beirat für Behindertenfragen und der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfehlen, der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

1. Die Stadt Bielefeld unterstützt die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation des Projektes BiSi – Beschäftigung im Sozialraum inklusiv.
2. Zur Ermöglichung des Projektes BiSi wird dem Projektträger Stiftung Bethel 50.000,- € als Eigenmittel ersetzender Zuschuss bereitgestellt. Diese werden aus den nicht verbrauchten für 2020 im Haushalt des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention eingestellten Eigenmitteln im Rahmen der INSEK-Projekte finanziert. Dabei sollen die Teilhabeplätze für Menschen mit psychischen bzw. anderen Beeinträchtigungen im besonderen Maße in den INSEK-Gebieten vermittelt oder geschaffen werden.
3. Über die Weiterentwicklung des Projektes wird regelmäßig in den Fachausschüssen und den Bezirksvertretungen berichtet.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Maßnahmen aus dem Integrationsbudget

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 7.1

Fortsetzung des Projektes Jö-Sp-En

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11342/2014-2020

Der Integrationsrat und die Bezirksvertretung Jöllenbeck empfehlen, der SGA beschließt vorbehaltlich der Empfehlung der Bezirksvertretung Jöllenbeck, für die Haushaltsjahre 2020-2022 aus dem Integrationsbudget, die kommunal notwendige Kofinanzierung für das Projekt „Jö-Sp-En“ der REGE, in Höhe von 141.687,64 € zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7.2 Weitere Entscheidungen zur Verwendung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 11318/2014-2020

Der Integrationsrat empfiehlt / Der Jugendhilfeausschuss beschließt / Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Aus dem Integrationsbudget werden folgende weitere Maßnahmen bzw. Angebote finanziert:

1. Für die Arbeit verschiedener Beratungsstellen werden insgesamt 280.000 € (je 140.000 € für die Jahre 2021 und 2022) zur Verfügung gestellt:
 - a. Familienberatungsstelle des AWO Bezirksverbandes OWL: 61.000 € (je 30.500 € für die Jahre 2021 und 2022),
 - b. Ev. Erziehungs-, Familien- und Krisenberatungsstelle Bielefeld-Mitte/Paulustraße der Diakonie für Bielefeld: 60.000 € (je 30.000 € für die Jahre 2021 und 2022),
 - c. Ev. Erziehungs-, Familien- und Krisenberatungsstelle Bielefeld-Sennestadt/Lindemannplatz der Diakonie für Bielefeld: 60.000 € (je 30.000 € für die Jahre 2021 und 2022),
 - d. Beratungsstelle Kinder- und Familienhilfe des DiakonieVerbandes Brackwede: 30.000 € (je 15.000 € für die Jahre 2021 und 2022),
 - e. Psychologischer Beratungsdienst sowie die zwei in Baumheide und Stieghorst gelegenen Familien-, Erziehungs-, Paar- und Lebensberatungsstellen der Gesellschaft für Sozialarbeit: 69.000 € (je 34.500 € für die Jahre 2021 und 2022).
2. Für die Arbeit des Sozialpädiatrischen Zentrums am Evangelischen Klinikum Bethel werden 20.000 € (je 10.000 € für die Jahre 2021 und 2022) zur Verfügung gestellt.

3. Zur Finanzierung des kommunalen Eigenanteils für eine Fortsetzung der Teilnahme am Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ werden 50.000 € (je 25.000 € für die Jahre 2021 und 2022) bereitgestellt.
4. Für die psychologische Beratung im Rahmen eines Psychosozialen Beratungszentrums für begleitete Kinder und Jugendliche mit Gewalt-, Flucht- und Foltererfahrung werden dem AWO Kreisverband Bielefeld insgesamt 150.000 € (für drei Jahre beginnend planmäßig am 01.10.2020 im Durchschnitt je 50.000 €) zur Verfügung gestellt.
5. Für die befristete Fortsetzung der Förderung der Verstärkung der Regelangebote der Kinder- und Jugendarbeit wird ein weiterer Betrag von 97.000 € bereitgestellt.
6. Aufgrund des erhöhten Bedarfs an zusätzlicher Sprachförderung für geflüchtete und zugewanderte Kinder in Kindertageseinrichtungen wird für das Kindergartenjahr 2020/2021 ein Betrag von 23.000 € bereitgestellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7.3 Laufzeitverlängerung für den „Grünen Würfel“ bis zum 31.12.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11213/2014-2020

Der Fachbeirat für Mädchenarbeit, der Integrationsrat und die Bezirksvertretung Mitte empfehlen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen:

Der Zeitrahmen für den Betrieb des Grünen Würfels entsprechend der Drucksache 10266/2014-2020 wird vom 30.06.2021 auf den 31.12.2021 verlängert. Das zu erstellende Konzept wird den Ratsgremien im Oktober 2021 zur Entscheidung vorgelegt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 8 Bielefeld integriert

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 8.1 Bericht aus der Lenkungsgruppe

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

-.-.-

**Zu Punkt 8.2 Kommunales Integrationsmanagement
hier: Umsetzung der Bausteine 1 (strategischer Overhead) und
2 (individuelles Case-Management) inkl. der Bereitstellung von
Mitteln für überplanmäßiges Personal**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 11397/2014-2020

Der Integrationsrat, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen / Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der verbindlichen Vorgaben des Landes ein „Handlungsprogramm für das Kommunale Integrationsmanagement“ zu erstellen und die hierfür zur Verfügung stehenden Landesmittel abzurufen.
2. Die im Rahmen des Bausteins 1 der Landesförderung finanzierten Personalstellen für die Umsetzung der strategischen Steuerung werden vorbehaltlich der Verabschiedung der Landesrichtlinien folgendermaßen verteilt:
 - 2,0 Stellen in Anbindung an das Kommunale Integrationszentrum
 - 0,5 Stelle in Anbindung an das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt
 - 0,5 Stelle in Anbindung an die REGE
3. Die im Rahmen des Bausteins 2 der Landesförderung finanzierten Personalstellen für das Case Management werden folgendermaßen verteilt:
 - 6 Personalstellen in Anbindung an das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt

- 2 Personalstellen in Anbindung an Freie Träger
4. Dem Verteilungsvorschlag folgend ist eine Nachbewilligung von Mehraufwendungen notwendig.

Baustein 1:

Im Teilergebnisplan 11.01.27 im Kommunalen Integrationszentrum

Mehraufwendungen für überplanmäßiges Personal im Umfang von 2,0 Vollzeitäquivalenten (VZÄ):
vom 01.10.2020 bis 31.12.2020 i.H.v. 30.000 €
vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 i.H.v. 120.000 €

Als Deckung ist im Teilergebnisplan 11.01.27 vorgesehen:
Mehrertrag 2020 i.H.v. 27.500 €
Mehrertrag 2021 i.H.v. 110.000 €

Im Teilergebnisplan 11.05.03.04.0001 des Sozialamtes

Mehraufwendungen für überplanmäßiges Personal im Umfang von 0,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ)
vom 01.10.2020 bis 31.12.2020 i.H.v. 7.500 €
vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 i.H.v. 30.000 €

Als Deckung ist im Teilergebnisplan 11.01.27 vorgesehen:
Mehrertrag 2020 i.H.v. 6.875 €
Mehrertrag 2021 i.H.v. 27.500 €

Im Teilergebnisplan 11.05.06 des Stabes Dez. 5

Mehraufwendungen für Personal bei der REGE mbH im Umfang von 0,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ)
vom 01.10.2020 bis 31.12.2020 i.H.v. 7.500 €
vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 i.H.v. 30.000 €

Als Deckung ist im Teilergebnisplan 11.01.27 vorgesehen:
Mehrertrag 2020 i.H.v. 6.875 €
Mehrertrag 2021 i.H.v. 27.500 €

Baustein 2:

Im Teilergebnisplan 11.05.03.04.0001 des Sozialamtes

Mehraufwendungen für überplanmäßiges Personal im Umfang von 6,0 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und 2,0 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) bei freien Trägern:
vom 01.07.2020 bis 31.12.2020 i.H.v. 240.000 €
vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 i.H.v. 480.000 €

Als Deckung ist im Teilergebnisplan 11.05.03.04.0001 vorgesehen:
Mehrertrag 2020 i.H.v. 220.000 €
Mehrertrag 2021 i.H.v. 440.000 €

Der insgesamt verbleibende Mehraufwand von 55.000 € pro Jahr wird im Rahmen der Umsetzung der Stellenpläne bei 170 (10.000 €) bzw. 500 (45.000 €) gedeckt.

5. Der Verteilungsvorschlag bedeutet, dass bei der REGE mbH der bisher im Rahmen auslaufender Projekte finanzierte Anteil für Sprachförderung und Beschäftigung um 0,25 Stellenanteil reduziert werden muss. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie ein Erhalt dieses Stellenteils im Budget der REGE mbH haushaltsneutral erfolgen kann.
6. Über die weitere Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements wird in den zuständigen politischen Gremien regelmäßig berichtet.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2020 bis 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11265/2014-2020

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2020-2022 ein rechnerisches Defizit an stationären Pflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Prozess anzustoßen und zu begleiten, um Gebäude mit flexibler Nutzungsstruktur zu planen und zu realisieren und somit innovative Wohn- und Versorgungsformen zu ermöglichen. Dies soll in einer (umgewidmeten) Arbeitsgruppe unter Federführung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention mit Vertreter*innen der WTG-Behörde, des Baudezernates, der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege und der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in Bielefeld (AGW Bielefeld) geschehen.

2. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2020-2022 ein Bedarf an zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherigen Aktivitäten der o.g. Arbeitsgruppe fortzusetzen und mit dem unter 1. beschriebenen Prozess zu verknüpfen.

3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum

2020-2022 im Bereich der Tagespflege trotz zunehmend verbesserter Versorgungslage ein weiterer Ausbau des Angebots notwendig ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Einrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozialräumliche Verteilung der Angebote ist dabei zu verfolgen.

4. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2020-2022 wird zugestimmt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Kommunale Handlungsfelder zur Bekämpfung von Armut im Alter (Ermäßigung bei kulturellen Angeboten, hier: Erweiterung des Kreises der anspruchsberechtigten Senior*innen für den Bielefeld-Pass) (Beschluss des Seniorenrates vom 27.05.2020)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10559/2014-2020/1

Auf Empfehlung des Seniorenrates vom 27.05.2020 beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss eine neue, erweiterte Definition der Anspruchsberechtigten für den Bielefeld-Pass zu finden und gemeinsam mit dem Seniorenrat direktere Formen der Kommunikation mit Anspruchsberechtigten zu entwickeln.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Förderung des Mehrgenerationenhauses Heisenbergweg aus dem Bundesprogramm "Mehrgenerationenhaus. Miteinander - Füreinander" des BMFSFJ

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11336/2014-2020

Der Seniorenrat, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld be-

schließt:

Die Stadt Bielefeld bindet das Mehrgenerationenhaus Heisenbergweg ein

1. in ihre Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger*innen, sowie
2. in ihre Planung bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses.

Im Rahmen der bestehenden und zukünftigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wird zeitgleich zum Förderzeitraum des Bundesprogramms „*Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander*“ vom 01.01.2021 bis 31.12.2028 eine städtische Förderung des Mehrgenerationenhauses Heisenbergweg mit einem festen Betrag in Höhe von 10.000 Euro/Jahr zugesichert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit 2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11335/2014-2020

Der Seniorenrat empfiehlt, der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel in Höhe von 15.000 EUR in 2020 wie folgt einzusetzen:

Träger	Projekt
DIDF – Bielefeld Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.	Engagement entdecken - Integration för
Diakonie für Bielefeld gGmbH	Festhalten und Loslassen - Ein Angebot Menschen mit Demenz und einem vertra Gegenüber
Senior*innen Community- Theaterprojekt	Wir hatten die Zeit unseres Lebens
Caritas-Verband Bielefeld e.V.	farbenfroh - gestärkt in Krisen-Zeiten
Efl - Erfahrungswissen für Initiativen in Bielefeld e.V.	Senior-TrainerInnen
Theaterlabor Bielefeld e. V.	Seniorentheater "Jetzt oder Nie"
Ev. Kirchengemeinde Ummeln	Online sein – Junge helfen Alten

Förderverein Projekt Wäschefabrik e.V.	Seniorenprojekt "Kaffeeklatsch"	
--	---------------------------------	--

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13 **Mittelverlagerung aus der Hausaufgabenhilfe Hillegossen in die Seniorenarbeit Hillegossen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11367/2014-2020

Der Seniorenrat und die Bezirksvertretung Stieghorst empfehlen, der Jugendhilfe- und der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließen, den für die Hausaufgabenhilfe Hillegossen vom AWO Kreisverband Bielefeld e.V. nicht mehr abgerufenen Betrag i.H.v. 4.000 Euro ab dem 01.01.2021 im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung für Angebote des AWO Kreisverbandes im „Begegnungs- und Servicezentrum Erwin-Kranzmann-Haus“ einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 **Stadtteilkoordinationskasse für Brackwede, Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11223/2014-2020

nicht beraten

Zu Punkt 14.1 **Stadtteilkoordinationskasse für Brackwede, Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11223/2014-2020/1

Die Bezirksvertretungen Mitte und Jöllenbeck empfehlen, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss beschließen:

1. Die Stadtteilkoordinationen Brackwede, Jöllenbeck (Oberlohmannshof) und Mitte-Nord erhalten für den Zeitraum 1. September bis 31. Dezember 2020 jeweils eine Summe von 5.000 € pro Vollzeitstelle und für die Jahre 2021 und 2022 jährlich eine Summe von 15.000 € pro Vollzeitstelle. Diese sogenannte Stadtteilkoordinationskasse dient der Finanzierung von kurzfristigen und schnell sichtbaren Maßnahmen im Quartier.
2. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel von 87.500 € erfolgt aus eingesparten Eigenanteilen für INSEK-Projekte des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention.
3. Die Stadtteilkoordinationen werden gebeten, regelmäßig die Bezirksbürgermeister*innen über die geförderten und geplanten Maßnahmen zu informieren.
4. Das Sozialdezernat berichtet einmal im Quartal in den Bezirksvertretungen über die durchgeführten bzw. geplanten Projekte.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

-.-.-

Joachim Hood

Rita Mülöt